

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 11

Artikel: Haben die US-Genossen überhaupt eine Chance?
Autor: Ziegler, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338891>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf der Suche nach einer sozialistischen Präsenz in Amerika (III)

Peter Ziegler

Haben die US-Genossen überhaupt eine Chance?

Die Suche nach einer sozialistischen Präsenz in den USA ist ausserordentlich mühsam. Soviel dürfte aus dem ersten Artikel dieser PROFIL-Serie hervorgegangen sein. Doch obschon die Geschichte der amerikanischen sozialistischen Bewegung eine Geschichte von ideologischen Spaltungen, politischen Misskalkulationen, sektiererischer Selbstisolierung und koalitionspolitischem Versagen ist (zu einem grossen Teil – natürlich! – systembedingt), haben sich die Genossen nicht völlig entmutigen lassen: jüngstes Beispiel ist die Gründung des undogmatischen *Democratic Socialist Organizing Committee* (Demokratisch-Sozialistisches Organisationskomitee). Dieses Komitee versteht sich als Schirmorganisation, unter deren Ägide die zersplitterte amerikanische Linke einigermassen vereinigt werden soll. Mehr noch: das Komitee hofft auf eine Koalition zwischen den verschiedenen Linksgruppen und dem progressiven Flügel der Demokratischen Partei – im Verein mit den Gewerkschaftern und Liberalen des progressiven Parteiflügels sollen die Genossen versuchen, die Demokratische Partei nach links zu schubsen und schliesslich in eine sozialdemokratische Massenpartei umzuwandeln. Führender Ideologe, Stratego und zugleich Vorsitzender dieses Komitees mit waghalsiger Taktik und ungewisser Zukunft ist Michael Harrington: 45 Jahre alt, Familienvater, Soziologieprofessor, Schriftsteller, Journalist, Marxismus-Theoretiker, wohnhaft in New York City. Dass Harrington eine eindrucksvolle sozialistische Persönlichkeit ist, dürfte das in der letzten PROFIL-Nummer veröffentlichte Porträt bewiesen haben. Ob sich diese gewinnende Persönlichkeit allerdings auch als Politiker durchzusetzen vermag, bleibt eine offene Frage.

Erste organisatorische Ansätze

Natürlich gibt es einige Hoffnungsschimmer. Erstens hat sich die Mitgliederzahl von Harringtons Komitee seit der Gründungsversammlung vom vergangenen Oktober verdreifacht – auf rund 1200. Das ist eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, dass diese Mitglieder fast ausnahmslos führende Genossen sind, die bislang lustlos mit linken Splittergruppen zusammengearbeitet hatten oder «ihre sozialistische Überzeugung im Klossett

versteckten (ein Neumitglied)». Es sind dies vor allem Lehrer, Universitätsprofessoren, Journalisten, Anwälte, Künstler und einige wenige Gewerkschaftsfunktionäre.

Inzwischen haben die verschiedenen lokalen Komitee-Zellen (denen meistens ein oder zwei zahlende Komitee-Mitglieder und Dutzende von Sympathisanten angehören) einige überraschende gutbesuchte Diskussions-Tagungen und Teach-ins organisiert – unter anderem auch eine nationale Konferenz sozialistischer Soziologen. Und in den Universitäten haben studentische Komitee-Mitglieder damit begonnen, eine undogmatische Marxismus-Diskussion in Schwung zu bringen. Dabei soll Marx' Werk so verstanden werden, wie dies Michael Harrington in seiner 1972 publizierten und selbst von konservativen Zeitschriften als Meisterwerk gefeierten Studie *Socialism* tut: als teils brennend aktuell, teils überholt, teils auch falsch, doch immer als eine Quelle für kreatives Theoretisieren.

Nebst diesen bescheidenen organisatorischen Ansätzen haben auch Watergate, die Energiekrise und natürlich die Lebenskostenexplosion das Ihre für das Komitee getan. Diese *Issues* haben nämlich empirisch bewiesen, was Harrington und seine Genossen seit langem behaupteten: dass der vom Spätkapitalismus geprägte politische Prozess in den USA zunehmend von Wirtschaftsmonopolen kontrolliert und deshalb noch korrupter und folglich noch undemokratischer werde (Watergate), dass eine dürfzig geplante und kontrollierte Wirtschaft zu unvermeidlichen Engpässen führen müsse (Energiekrise), dass sich öffentliche Bedürfnisse und private Profite nicht mehr wie zu Adam Smith's Zeiten harmonisieren liessen (Lebenskostenexplosion und die sehr augenfällige Verschlechterung der Lebensqualität).

Ansätze zu einer linken Gesinnungsgemeinschaft

Diese Vorgänge sind indes mehr als nur Lektionen im politischen Anschauungsunterricht. Sie haben diejenigen Elemente einander gesinnungsmässig nähergebracht, die nach Harringtons Ansicht eine progressive Mehrheit in der amerikanischen Politik bilden könnten: Liberale, Gewerkschafter, Linksintellektuelle und Mitglieder progressiver Pressure Groups. Diese Leute waren die ersten, die Nixons Demission gefordert, vor den nunmehr eingetretenen Inflations-, Liquiditäts- und Versorgungsproblemen der amerikanischen Wirtschaft gewarnt und seit Jahren schon eine nationale Energiepolitik mit teilweiser Sozialisierung des Energiesektors gefordert hatten.

Unter den Befürwortern einer teilweisen Sozialisierung des Energiesektors befinden sich beispielsweise so verschiedene politische Persönlichkeiten wie: George Meany, Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes *AFL-CIO*; Arnold Miller, Präsident der mächtigen Bergleute-Gewerkschaft; Professor Stewart Udall, ehemaliger Innenminister in der

Kennedy-Administration; Anthony Lewis, der wohl engagierte Politkolumnist der einflussreichen *New York Times*; die Senatoren Edward Kennedy, Adlai Stevenson III, George McGovern und Walter F. Mondale (ein Mann des progressiven Flügels der Demokratischen Partei, der sich bereits im vergangenen Winter für die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei angemeldet hatte).

Doch wären diese Leute zum Zusammenspannen mit Sozialisten bereit? Die Antwort auf diese Frage können die Genossen höchstens beeinflussen, aber nicht entscheiden: die Entscheidung treffen die andern. Und selbst wenn sich einige liberale Politiker wie beispielsweise Stevenson zu einer parteipolitischen Öffnung nach links bereit fänden, so ist völlig ungewiss, ob ihnen andere Liberale und – vor allem – die Gewerkschafter folgen würden. Man erinnere sich: Während der Präsidentschaftskampagne von 1968 waren die Gewerkschafter für und die Mehrheit der Liberalen gegen Humphrey – 1972 waren die Liberalen für und die Mehrheit der Gewerkschafter gegen McGovern . . .

Der erste Test: 1976

Für Harrington und seine Genossen wird die Stunde der Wahrheit im Wahljahr 1976 schlagen, genauer: am Präsidentschaftskonvent der Demokratischen Partei, an dem sie teilnehmen und dabei ihre sozialistische Präsenz öffentlich kundtun wollen. An diesem Konvent wird sich dann herausstellen, ob ihre strategisch-taktischen Überlegungen richtig oder falsch waren, das heisst: ob die Gewerkschafter tatsächlich so progressiv sind wie Harrington und seine Genossen hoffen, ob Gewerkschafter und Liberale die Lehren aus 1968 und 1972 gelernt haben und sich auf eine gemeinsame Linie einigen können – und wenn so, ob sie zu irgendeiner Art von Zusammenarbeit mit den Genossen bereit sind.

Bis dahin heisst es für Harrington und seine Genossen: organisieren, linkes Bewusstsein bilden, Brücken zur Gewerkschaftsbewegung schlagen und dem Komitee einen wirklich nationalen Anstrich geben. Vor allem die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und der Versuch, vom politisch progressiven New York ins eher konservative Hinterland vorzustossen und somit ein nationales Image zu erhalten, haben bisher keine bemerkenswerten Ergebnisse gezeigt. Doch falls das Komitee diese Schwierigkeiten nicht überwinden könnte, bliebe es eben das, was schon allzu viele sozialistische Bewegungen waren: eine Sache von New Yorker Intellektuellen.

Als letztes bleibt die grundsätzliche Frage, ob der Sozialismus in den USA überhaupt eine Chance habe. Dies ist eine äusserst anspruchsvolle Frage und kann im Rahmen dieses Artikels höchstens mit einigen zögernen Hinweisen beantwortet werden. Bislang hielten es die meisten Beobachter mit der These, dass Amerikas einzigartige historische Erfahrung

mit dem Kapitalismus sowie Amerikas mobile Gesellschaftsstruktur alle sozialistischen Entwicklungen blockiert hätten. Doch diese These ist schwer angeschlagen. Erstens scheint der amerikanische Kapitalismus seine letzte *Frontier* erreicht zu haben und kämpft nun mit sehr ernsten Krisensymptomen; damit – und zweitens – ist der *American Dream*, der Glaube an die Möglichkeit eines ungehinderten wirtschaftlichen und sozialen Aufstieges des Individuums, zum Mythos reduziert worden.

Sombarts Sozialismus-These: Überholt?

Solange die amerikanische Wirtschaft prosperiere, solange latente soziale Spannungen mittels Lohnverbesserungen und allgemeiner Wohlstandsvergrößerung überbrückt werden können, solange das ungestüme Wachstum und somit die Schaffung neuer Erfolgsmöglichkeiten andauere, so lange hätten sozialistische Utopias in den USA keine Erfolgsaussichten. Dies war die klassische These des deutschen Nationalökonom (und Soziologen) Werner Sombart. Doch seine provozierend formulierte Behauptung, dass der Sozialismus in Amerika an Rostbraten und Apfelstrudel gescheitert sei, wurde insofern entkräftet, als es in der sogenannten Überfluss-Gesellschaft längst nicht mehr Rostbraten und Apfelstrudel für jeden Amerikaner gibt – nicht bei einer jährlichen Lebenskostenverteuerung von rund 20 Prozent!

Ob indes die laufenden Schwierigkeiten der amerikanischen Wirtschaft den unmittelbaren Zusammenbruch des «Systems» signalisieren, wie dies von Seiten der revolutionären Linke behauptet wird, ist allerdings fraglich. Die US-Wirtschaft scheint nach wie vor flexibel und elastisch genug, um überhohe Inflationsraten, Liquiditätsprobleme und Versorgungsengpässe für geraume Zeit verkraften zu können. Und was die von revolutionärer Seite oft zitierte historische Parallele zwischen 1929 und 1974 betrifft, so scheint dieser Vergleich recht oberflächlich, denn die Aera unmittelbar vor der *Great Depression* war eine Zeit der Überproduktion und deflationärer Lohn/Preis-Entwicklungen, währenddem die jetzige Periode durch Versorgungskrisen und eine gefährliche Preis/Lohn-Inflation gekennzeichnet ist.

Selbst wenn tatsächlich eine Art von Depression eintreten sollte, müsste dies durchaus nicht grünes Licht für eine rote Zukunft bedeuten. Sicherlich nicht in einem Land wie Amerika, dessen Gesellschaft so vielschichtig und pluralistisch ist, dessen Wirtschaftsdogmen so entscheidend von den frühen Erfolgen des freien Unternehmertums geformt und dessen Kultur von einem romantisch-anarchistischen Individualismus und einem ideologfeindlichen Pragmatismus geprägt wurden. Es könnte deshalb durchaus möglich sein, dass die Mehrheit der Amerikaner die Schwierigkeiten, die ihnen eine spätkapitalistische Wirtschaft und eine von dieser Wirtschaft dominierten Politik eingebrockt haben, durch einen neuen Konservatismus

überwinden möchten – einen Konservatismus, der insofern radikal wäre, als er sich auf die (einst so noblen) Werte der Pioniere und die Prinzipien des klassischen Kleinunternehmertums berufen würde.

Eine andere historische Möglichkeit wäre natürlich die Entwicklung einer faschistischen Ordnung. Oder – was weitaus realistischer scheint – die Entwicklung einer technokratischen Tyrannei, das heisst: angesichts der immer grössere Dimensionen zeigenden Wirtschafts- und Sozialprobleme sähe sich die prinzipien- und moralarme Macht-Elite der USA gezwungen, ihre Planungs- und Kontrollinstrumentarien dramatisch auszubauen, um diese Probleme einigermassen bewältigen zu können. Doch Sozialdemokraten wissen: Planung und Kontrolle *ohne* klar definierte Prinzipien und strukturpolitische Zielvorstellungen wären im besten Fall chicer Pragmatismus, im schlimmsten Fall Diktatur, im Normalfall autoritärer Kollektivismus!

Die verlorene Vision

Die Zukunft der amerikanischen Linken mit Optimismus beurteilen zu wollen, scheint kaum möglich. Denn die tragische Tatsache ist, dass in den Vereinigten Staaten zwar die materiellen Bedingungen für die Schaffung eines menschlichen, demokratischen, schöpferischen Sozialismus erreicht wurden, dass aber im Verlauf dieses materiellen Akkumulationsprozesses das Bewusstsein von möglichen und besseren Alternativen zum Status quo grösstenteils verschwand.

«Dieser Widerspruch», so schreibt der sozialistische Geschichtsprofessor Christopher Lasch in seinem Essayband *The Agony of the American Left* (Die Agonie der amerikanischen Linken), «wird nicht im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus verschwinden – es sei denn, diese Auseinandersetzungen werden auch zu ideologischen Auseinandersetzungen, werden zu Forderungen nicht nur für Gleichheit und Gerechtigkeit, sondern für eine neue Kultur.» Nur eben: es sind in den USA so verzweifelt wenige, die diese neue Kultur kennen und deshalb fordern können . . .